

# Liebe Delegierte und TeilnehmerInnen des ersten WASG-Bundesparteitags,

an diesem Wochenende werden wichtige Entscheidungen für die Zukunft der Partei WASG getroffen. Von Erfolg beziehungsweise Misserfolg des Projekts WASG hängt viel ab. Regierung und Kapital wollen ihre Offensive gegen die Errungenschaften von 150 Jahren Kämpfen der Arbeiterbewegung verschärft fortsetzen. Davon ist angesichts der Krisentendenzen in der deutschen und in der Weltwirtschaft auszugehen. Die Köhler-Rede und die Reaktion der Arbeitgebervertreter und der bürgerlichen Medien auf die Müntefering-Debatte zeigen, dass die Banken und Konzerne trotz Agenda 2010, Hartz IV, Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen nicht genug haben: „Die Reformen müssen weiter gehen.“

Gelingt es uns gemeinsam eine starke politische Interessenvertretung für ArbeitnehmerInnen, Erwerbslose, Jugendliche und RentnerInnen aufzubauen und dadurch den Widerstand zu fördern und zu bündeln, besteht die Chance die politischen Kräfteverhältnisse in dieser Republik zu verändern und dieser Offensive etwas entgegen zu setzen.

Gelingt dies nicht, werden Verarmung, Entrechtung und in Folge davon Brutalisierung der Gesellschaft ungeahnte Ausmaße annehmen. Deshalb tragen alle am Projekt WASG Beteiligten eine große Verantwortung.

Die Notwendigkeit einer neuen politischen Partei links von SPD und Grünen und links von der Regierungspraxis der PDS ist offensichtlich. Doch wir müssen auch die Lehren aus der Entwicklung dieser Parteien ziehen. Wir sind der Meinung, dass die grundlegende Akzeptanz der kapitalistischen Marktwirtschaft, die Orientierung auf die parlamentarische Tätigkeit und die Bürokratisierung dieser Parteien die entscheidenden Faktoren bei ihrer Entwicklung zu Dienerinnen des Neoliberalismus waren.

## Kampagnen führen – Kämpfe unterstützen

Wollen wir unserem Anspruch, eine Alternative darzustellen, gerecht werden, müssen wir unter Beweis stellen, dass wir tatsächlich anders sind. Dazu ist eine kämpferische Praxis und die Organisierung von Kampagnen nötig. Schwerpunkt der Parteiaktivitäten muss die Unterstützung betrieblicher und gewerkschaftlicher Kämpfe und des sozialen Widerstands sein. Wir müssen helfen, verschiedene Kämpfe und Auseinandersetzungen zu verbinden, und ihnen eine politische Perspektive geben. Dies muss auch gelten, wenn die Gewerkschaftsführungen – wie beim Arbeitskampf

bei Opel Bochum – Kämpfe von Belegschaften nicht unterstützen beziehungsweise sogar behindern.

Wir müssen Argumente für die berechtigten Anliegen der ArbeitnehmerInnen und Erwerbslosen liefern. Wir müssen „Partei“ ergreifen und an der Seite der Opfer des Kapitalismus stehen. Das bedarf einer Schwerpunktsetzung auf die außerparlamentarische Tätigkeit.

Nötig ist aus unserer Sicht eine bundesweite Kampagne – zum Beispiel gegen die Massenarbeitslosigkeit – damit wir als bundesweit politische Kraft sichtbar werden und die Kreisverbände an einem Strang ziehen können. Eine Voraussetzung dafür wäre, dass der Bundesvorstand deutlich mehr Flugblätter und Plakate zur Verfügung stellt, die von den Mitgliedern vor Ort eingesetzt werden können.

## Für eine breite und demokratische Partei

Die Debatte der letzten Monate um die Ausgrenzung von SozialistInnen, insbesondere SAV-Mitgliedern, hat der WASG geschadet. Wir sind der Meinung, dass die Ausgrenzungsversuche ein Ende haben müssen. Dabei geht es nicht in erster Linie um die SAV, sondern um die Frage wie demokratisch unsere Partei ist und wie mit KritikerInnen und Minderheitenmeinungen umgegangen wird. Wir treten für eine breite, offene und demokratische WASG ein. Das muss beinhalten, dass es nur so viel zentralistische Strukturen wie nötig gibt, die Kreisverbände größtmögliche Autonomie genießen und Mitglieder das Recht haben abweichende Meinungen auf allen Ebenen zu äußern. Es muss auch beinhalten, dass wir anerkennen, dass unsere Mitglieder aus unterschiedlichen politischen Traditionen kommen und ihre Überzeugungen und ihre Identität nicht an der WASG-Garderobe abgeben werden. Das sollte auch für Organisationen, lokale Wahlbündnisse und andere Gruppen gelten, die sich geschlossen der Partei anschließen wollen. Deshalb sollte es das Recht auf Doppelmitgliedschaften und auf die Bildung von Plattformen innerhalb der WASG geben.

## Programmdebatte fortsetzen!

Vor 130 Jahren vereinigten sich die MarxistInnen und LassalleanerInnen zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Karl Marx schrieb damals im Zusammenhang mit seiner Kritik an dem Gründungsprogramm der neuen Partei: „Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme. Konnte man

**SAV** **Sozialistische**  
**Alternative**

☎ (030) 24723802  
info@sav-online.de  
www.sozialismus.info

ViSdP: S. Kimmerle, c/o SAV, Littenstr. 106, 10179 Berlin

*also nicht (...) über das Eisenacher Programm (Programm der MarxistInnen um Bebel und Liebknecht, Anmerkung des Autors) hinausgehen, so hätte man einfach eine Übereinkunft für Aktion gegen den gemeinsamen Feind abschließen sollen. Macht man aber Prinzipienprogramme (statt dies bis zur Zeit aufzuschieben, wo dergleichen durch längere gemeinsame Tätigkeit vorbereitet war), so errichtet man vor aller Welt Marksteine, an denen sie die Höhe der Parteidemokratie mißt.*“ Für Marx war es kein Widerspruch die Bildung der neuen Partei zu unterstützen und gleichzeitig den Programmentwurf einer scharfen Kritik zu unterziehen.

Die SAV-Mitglieder in der WASG haben vom ersten Tag an ihren praktischen Beitrag zum Aufbau der neuen Partei geleistet und wurden in Kreis- und Landesvorstände gewählt. Wir unterstützen die Reformforderungen, die das Grundsatzprogramm aufstellt. Wir sind allerdings der Überzeugung, dass diese Forderungen im Rahmen der kapitalistischen Marktwirtschaft nicht dauerhaft umgesetzt werden können. Dem stehen das Privateigentum an Produktionsmitteln, die sich aus der Marktkonkurrenz ergebende Profitlogik der kapitalistischen Ökonomie und die Krisenhaftigkeit des Systems entgegen. Wir halten es deshalb für einen Fehler, dass dem Grundsatzprogramm die keynesianistische Wirtschaftstheorie zugrunde liegt und es systemimmanent argumentiert. Damit weckt es die Illusion, die Probleme der Menschheit könnten im Rahmen des bestehenden Systems gelöst werden. Diese grundlegende Akzeptanz der kapitalistischen Wirtschaftsweise birgt in sich die Gefahr der Akzeptanz kapitalistischer Sachzwänge.

*Beispiel Autoindustrie:* Angesichts von weltweit 25 Prozent Überkapazitäten in der Branche ist es völlig offensichtlich, dass auf der Basis kapitalistischer Produktion auf kurz oder lang Werke geschlossen werden oder ganze Firmen untergehen. Eine dauerhafte Rettung der Arbeitsplätze (und eine Umstellung auf ökologisch sinnvolle Produktion) kann es nur geben, wenn die Branche in öffentliches Eigentum überführt wird und die Produktion zumindest teilweise auf andere, sinnvolle Güter umgestellt wird. Solche Maßnahmen würden auf den erbitterten Widerstand des Kapitals treffen, so wie das französische Kapital Anfang der 80er Jahre die Mitterand-Regierung erpresste und zwang, ihr Reformprogramm aufzugeben, und heute das venezolanische und US-Kapital versuchen die Regierung von Hugo Chávez in Venezuela zu stürzen. Eine solche Zuspitzung des Klassenkampfes würde weitergehende Maßnahmen in Richtung Überwindung des Kapitalismus notwendig machen. Ist man nicht bereit über den Rahmen des Kapitalismus hinaus zu gehen, landet man da, wo die IG-Metall-Führung bei Opel Bochum gelandet ist: massenhafte Arbeitsplatzvernichtung mit pseudo-sozialem Anstrich und faktische Sabotage eines Arbeitskampfes.

SAV-Mitglieder haben in der Programmdebatte für eine sozialistische Ausrichtung der WASG argumentiert. Damit meinten wir nicht, Parolen für Sozialismus in den Mittelpunkt unserer Politik zu stellen. Damit meinen wir, eine Perspektive für die Überwindung des Kapitalismus mit unserer täglichen Politik zu verbinden. Wir sind der Überzeugung, dass nur ein antikapitalistisches Selbstverständnis eine programmatische Gewähr gegen Anpassung darstellt.

Die breite Unterstützung für Münteferings Kapitalismus-Kritik sollte uns ermutigen, antikapitalistische und sozialistische Aussagen zu treffen. Eine Mehrheit stimmt mit Müntefering überein, aber niemand glaubt ihm. Es reicht nicht, wenn die WASG auf Münteferings Heuchelei hinweist. Wir sollten deutlich machen, dass wir es ernst meinen mit Kapitalismuskritik und konkrete Maßnahmen vorschlagen, die die Macht der Banken und Konzerne brechen können.

Die grundlegenden programmatischen Fragen – zum Beispiel Keynesianismus oder Sozialismus – sind in der WASG nicht ausreichend diskutiert worden. Das Programm sollte deshalb zum jetzigen Zeitpunkt die Systemfrage unbeantwortet lassen und die Programmdebatte sollte fortgesetzt werden. Ein Aktionsprogramm im Sinne einer „Übereinkunft für Aktion“ (s.o.), welches die wichtigsten Forderungen darstellt und deren Finanzierung durch den Reichtum der Banken und Konzerne fordert, würde völlig ausreichen, um die Partei zu stärken und aufzubauen. Dabei könnte sich an der Kurzfassung des Landtagswahlprogramm der WASG in NRW orientiert werden.

### **Rostocker Linke aufnehmen!**

In Rostock wurden, mit Unterstützung des Bundesvorstands, mittlerweile 13 Kolleginnen und Kollegen nicht in die WASG aufgenommen beziehungsweise ihre Aufnahmen wurden rückwirkend aufgehoben. Dabei handelt es sich mehrheitlich um SAV-Mitglieder, darunter die Bürgerschaftsabgeordnete der SAV/Liste gegen Sozialkahlschlag Christine Lehnert und die Bezirksverordnete Maren Wiese. Will man in Rostock heute in die WASG eintreten, muss man zu einer Privataudienz bei Vorstandsmitgliedern antreten, die noch vor wenigen Monaten Wahlkampf für den heutigen Oberbürgermeister der Stadt Rostock gemacht haben, der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst vernichtet. Die offizielle Begründung, es gehe nicht um politische Inhalte, sondern persönliches Verhalten ist eine Farce. Hier wird ein Exempel gegen SozialistInnen statuiert, das im "Fall Leo Mayer" in München eine erste Nachahmung gefunden hat. Solche Methoden sollten in der WASG nichts zu suchen haben. Unterstützt den Antrag auf Aufnahme der RostockerInnen in die Partei!